

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Vernunft
und Gerechtigkeit.

**Kommunal-
wahlprogramm
BSW Leipzig**

A photograph of Sahra Wagenknecht, a German politician, speaking at a microphone. She is wearing a red jacket and has her hands raised in a gesture. The background is a solid red color.

Das **Bündnis**
Sahra Wagenknecht
tritt *kommunal* an!

Vernunft und Gerechtigkeit ist auch bei
der Kommunalwahl am **9. Juni 2024** wählbar!

Wahlprogramm zur Stadtratswahl

BSW Leipzig

Vernunft und Gerechtigkeit – statt ideologischer Parteiinteressen.

Wie kaum eine andere Regierung in der Bundesrepublik zuvor hat die Ampelkoalition Entscheidungen getroffen, denen sowohl fachliche Expertise als auch immer mehr die moralische Grundlage fehlen – sie vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung. Ob in der Bildung oder in der Wirtschaft – Deutschland verliert in allen Bereichen seine einst starke Position. Krieg statt Frieden, Rüstung statt Verhandlungen – die Liste könnte endlos weitergeführt werden. Niemals war unsere Politik so ideologiegetrieben wie seit der Regierungsübernahme durch die aus Grünen, FDP und SPD bestehende Regierung, die in der Bevölkerung als „Ampel“ zum Schreckgespenst verkommen ist.

Stadträte mit Rückgrat – statt Partei- und Postengeschachere.

Und ja, auch die Kommunalpolitik in unserer Stadt ist inzwischen bestimmt von parteitreuen Strukturen und vor allem von Interessenbündnissen zwischen den Parteien. Der Bürger als Souverän? – Fehlanzeige! Der Bürger als Mittelpunkt des Handelns? – Fehlanzeige!

Wahlen allein machen keine Demokratie –

wie das die Bürger seit Jahren erfahren haben. Demokratie entsteht nur, wenn die von Ihnen, liebe Leipziger, gewählten Vertreter sich um SIE, um Sie als die BÜRGER kümmern! Keinem anderen sind die von Ihnen gewählten Vertreter verpflichtet. Das ist unser klarer Standpunkt!

Vernunft zurück in die Politik.

Das „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW) steht für wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit. Am 9. Juni werben wir um Ihre Stimme für den Leipziger Stadtrat, um dort zu vertreten, was die Mehrheit der Leipziger will.

Der Bürger ist der Souverän.

Die Aussage eines Politikers muss wieder etwas wert sein. Wir setzen uns für mehr Verbindlichkeit und Transparenz bei der Bürgerbeteiligung ein. Dazu gehören Bürgerentscheide, die ohne Wenn und Aber einzuhalten sind. Dazu gehört, dass wir als Stadtratsfraktion den Bürgern regelmäßig im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung kompromisslos Rede und Antwort stehen. Wir sprechen uns gegen eine unangemessene Verengung der Meinungskorridore aus. Eine freie, offene, vorurteilsfreie Debatte muss möglich sein. Wir begegnen den Bürgern auf Augenhöhe.

Nein zur Cancel Culture: Vernunft statt Hochmut.

Cancel-Culture – inzwischen eine moderne Form des Prangers, an den all diejenigen medial gestellt werden, deren Ansichten nicht dem Mainstream einzelner Interessengruppen entsprechen. Journalisten, Schauspieler, Politiker, Kunstschaffende, Schriftsteller werden zunehmend in der Öffentlichkeit diskreditiert, wenn Gesagtes, Geschriebenes oder Gestaltetes sich nicht in den „Fluss der öffentlichen Meinung einreicht“. Es entspricht unserem Selbstverständnis, einem breiten Meinungsspektrum offen und ergebnisorientiert gegenüberzustehen. Was wieder zählen soll, ist einzig das kluge Argument!

Kluge Wirtschaftsentscheidungen – für Unternehmen und Arbeitnehmer.

Wir stehen entschlossen hinter der Leipziger Wirtschaft und sind offen für innovative Industrien mit großen Forschungsabteilungen. In der Folge werden die Einnahmen aus Gewerbe-, Einkommens- und Umsatzsteuer, die zur weiteren Entwicklung unserer Stadt dringend notwendig sind, steigen. Leipzig soll nicht länger Armuthauptstadt Sachsens sein. Wir sind für Flächentarifverträge, mit einem Einkommen, von dem jeder gut leben kann. Gleiche Arbeit soll bei gleicher Ausbildung und Berufserfahrung auch gleich bezahlt werden.

Städtische Betriebe in städtische Hand.

Versorgungseinrichtungen wie Stadtwerke, Krankenhäuser, ÖPNV und die Feuerwehr sollten sich in kommunaler Hand befinden. Diese müssen mit mehr Personal ausgebaut und ausreichend u. a. mit Landesmitteln finanziert werden. Sie dürfen nicht für die Erwirtschaftung von Profiten privatisiert werden. Auch den Weg der Privatisierung über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships, PPPs) lehnen wir ab. In Fragen der Polizei treten wir vor dem Freistaat für eine ausreichende Finanzierung ein. Ihre Bürgernähe soll gefördert werden.

Sinnvolle Verkehrspolitik.

Wir wollen das Bus- und Bahnnetz ausbauen und günstiger machen. Schüler und Azubis sollen kostenfrei fahren. Zur Entspannung der Parksituation setzen wir uns für die Errichtung von Parkhäusern in den Wohngebieten ein. Geh-, Sehbehinderte, Ältere und Kinder müssen geschützt werden. Bisher geltende Tempobeschränkungen wollen wir kritisch überprüfen. Ein generelles Tempo 30 in der Stadt lehnen wir ab. Mit uns gibt es keinen weiteren Rückbau von Ausfallstraßen. Fahrräder sollen nicht vor Fußgängern oder Autos bevorzugt werden. Wir müssen wieder zu einer vernünftigen Balance zwischen Auto- und Fahrradfahrern zurückfinden. Ideologische Borniertheit muss raus aus

der Verkehrsplanung. Wir setzen uns für einen funktionierenden Winterdienst ein, der Geh- und Radwege genauso wie Straßen schnee- und eisfrei hält.

Wohnen – ein elementares Grundrecht.

Wir werden mit allen Mitteln der Politik dafür eintreten, dass die Stadt endlich damit beginnt, ausreichend bezahlbare Wohnungen zu errichten. Das entspannt den Wohnungsmarkt nachhaltig und realistisch. Alle Mieten sollen in ein Register aufgenommen werden, um den realen Mietspiegel berechnen zu können. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass auch seitens der kommunalen Wohnungsunternehmen Mieten sozialverträglich gestaltet werden. Wir wollen die Kapazitäten der Verwaltung ausbauen, um Wohngeld-Anträge schneller zu genehmigen. Zum Schutz eines jeden Mieters ist es für uns selbstverständlich, dass Wasser, Heizung und Strom niemals zwangsabgestellt werden dürfen. Für uns ist es ein Gebot der Menschlichkeit, dass alle Bürger unserer Stadt ein Dach über dem Kopf haben müssen und niemand gezwungen ist, bei Wind und Wetter die Nacht auf der Straße zu verbringen. Für Wohnungsprivatisierungen nach 1990 wollen wir wegen vieler offener Fragen einen Untersuchungsausschuss einrichten.

Zurück zu den Grundlagen: Bildung und Kultur.

Schulpolitik ist Ländersache. Dennoch werben wir auch in Leipzig für ein handwerk- und techniknahes Schulkonzept im Geiste der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule. Dabei müssen erst Lesen, Schreiben und Rechnen erlernt werden. Danach können Digitalgeräte altersgerecht und entsprechend den kognitiven Fähigkeiten sinnvoll genutzt werden. Auch muss jedes Kind bei Interesse ein Musikinstrument lernen und im Chor singen können. Der Bundeswehr wollen wir das Werben an Schulen verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene die erforderlichen gesetzlichen und finanziellen Maßnahmen getroffen werden für kluge Schulkonzepte, mehr Personal und kleinere Klassen. Statt Kita-Schließungen wollen wir den Betreuungsschlüssel verbessern. Mittagessen in Kita und Schule sollen von der Stadt gezahlt werden. Auch der Eintritt bei Zoo und Museen soll für Kinder kostenfrei sein. Wir wollen Einrichtungen der Jugendarbeit wie Begegnungsstätten, Jugend- und Kulturtreffs erhalten und besser ausstatten.

Umwelt, Freizeit und Erholung in einer dynamisch wachsenden Stadt.

Für die Pflege der Grünflächen sollen mehr Landschaftsgärtner eingestellt werden. Beispielsweise sind der Zustand des Rosentals und des Wilhelm-Külz-Parks über die Jahre so vernachlässigt worden, dass das Stadtbild Schaden nimmt. Außerdem soll der Leipziger Auwald besser geschützt werden. Wir setzen uns für das Pflanzen von Straßenbäumen ein. Bei öffentlichen Gebäuden sollen Dachbegrünungen und Photovoltaik angestrebt werden. Wir wollen Spiel- und Sportplätze ausbauen, Sportstätten länger öffnen lassen und ihren Eintritt senken. Weiterhin setzen wir uns für die Aufstellung von mehr Abfalleimern und mehr öffentliche Toiletten im Stadtraum ein. Schrebergärten müssen erhalten und geschützt werden.

Frieden schaffen ohne Waffen, Völkerverständigung fördern.

Zur Verbesserung der Integration von Geflüchteten wollen wir Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen. Wir arbeiten gegen Fluchtursachen. Wir sprechen uns gegen die Herstellung und den Transport von Rüstungsgütern in Leipzig aus. In der Stadt wollen wir Friedensinitiativen fördern und in Schulen und Kindertagesstätten friedenspädagogische Angebote. Wir befürworten eine offene Diskussion zur Lösung

der aktuellen internationalen Konflikte und wollen dafür sorgen, dass Leipzig unter seinem Ortsschild den Zusatz „Stadt des Friedens“ mit Berechtigung tragen kann. Der Ukraine-Krieg und seine mögliche nukleare Eskalation bedroht auch den Frieden für die Stadt Leipzig – eine Stadt, die zu beiden Seiten dieser Kriegsfront vielfältige Verbindungen hat. Das Leipziger BSW wird darauf hinwirken, dass die Stadt Leipzig ihre Mitgliedschaft im internationalen Bündnis „Mayors for Peace“ endlich mit Leben erfüllt. Wir fordern, dass der Oberbürgermeister den jüngsten Appell der Organisation für einen Waffenstillstand in der Ukraine zum Anlass nimmt, um gemeinsam mit anderen „Mayors for Peace“ einen Besuch sowohl in Kiew als auch in Moskau zu organisieren, um beiden Oberbürgermeistern diesen Appell zu erläutern und so in Moskau und Kiew Öffentlichkeit für die Forderung zu schaffen.

Wir bitten Sie am 9. Juni 2024 um Ihre Stimme für die Kandidaten vom „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW).

Ihre Stimme am 9. Juni 2024

Bündnis **Sahra**
Wagenknecht

**Vernunft
und Gerechtigkeit.**

**Der Wahlkreis Nr. 0 umfasst die
folgenden Gebiete unserer Stadt:**

Zentrum

Zentrum Leipzig-Nordwest

Zentrum Leipzig-Nord

Zentrum Leipzig-Ost

Zentrum Leipzig-Südost

Zentrum-Leipzig-Süd

Zentrum-Leipzig-West

E-Mail: leipzig@bsw-vg-sachsen.de

Homepage: www.bsw-vg-leipzig.de